



Bundesministerin für
EU und Verfassung

bundeskanzleramt.gv.at

Mag. Karoline Edtstadler
Bundesministerin für EU und Verfassung

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.322.535

Wien, am 24. Juli 2020

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Leichtfried, Kolleginnen und Kollegen haben am 25. Mai 2020 unter der Nr. **2062/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Dokumente über Initiativen von einzelnen Mitgliedstaaten“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu Frage 1:

- *Wie viele EU-Dokumente sind seit Ihrem Amtsantritt im Bundeskanzleramt eingelangt?*

Im Bundeskanzleramt langen täglich eine große Anzahl an Dokumenten der EU ein. Der Großteil davon wird über automationsunterstützte Verteiler zugestellt. Die EU-Dokumenteneingänge im Bundeskanzleramt im Einzelnen nachzuvollziehen und vollständig zu dokumentieren erscheint nicht erforderlich, da der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten auf Grundlage des § 2 Abs. 1 bis 3 EU-Informationsgesetz (EU-InfoG, BGBl. I Nr. 113/2011) dem Nationalrat und dem Bundesrat die vom Rat für die Übermittlung von nicht-klassifizierten Dokumenten eingerichtete Datenbank zugänglich macht bzw. weitere Dokumente (etwa Berichte der Ständigen Vertretung Österreichs bei

der EU) an die vom Parlament eingerichtete EU-Datenbank-E-Mail-Adresse direkt übermittelt werden.

Zu Frage 2:

- *Wie viele davon hat Ihr Ressort gemäß dem EU-Informationsgesetz dem österreichischen Parlament übermittelt?*

Wie in der Beantwortung der Frage 1 dargestellt, wird die große Mehrheit der EU-Dokumente aufgrund des EU-Informationsgesetzes (EU-InfoG) im elektronischen Wege durch den Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten dem Parlament zugänglich gemacht bzw. aktiv zugeleitet. Eine gesonderte nochmalige Übermittlung dieser Dokumente durch das Bundeskanzleramt ist im EU-InfoG nicht vorgesehen.

Sonstige Dokumente im Sinne des § 2 Abs. 4 letzter Satz EU-InfoG, also solche Dokumente, die nicht vom in Beantwortung der Frage 1 zitierten § 2 Abs. 1 bis 3 EU-InfoG erfasst werden, werden entsprechend Art. 23e Abs. 1 B-VG dem Parlament zugeleitet.

Zu Frage 3:

- *Wie viele „Initiativen von einzelnen Mitgliedstaaten“ sind seit Ihrem Amtsantritt eingelangt in Ihrem Ressort?*
 - a. *Wie viele davon haben Sie bzw. Ihr Ressort wann dem Parlament übermittelt?*
(mit der Bitte um Auflistung nach Dokument, Titel und Übermittlungsdatum)

Soweit sich Initiativen von Mitgliedstaaten im Sinne des Art. 23e Abs. 1 B-VG auf Vorhaben der EU, also Vorgänge innerhalb des Rechtsrahmens der EU und deren Organe beziehen, erfolgt die Übermittlung der Bezug habenden Dokumente entweder gemäß den Vorschriften des EU-InfoG oder gemäß Art. 23e Abs. 1 B-VG mittels den in Art. 1 Abs. 2 der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über die Mitwirkungsrechte der Länder und Gemeinden in Angelegenheiten der europäischen Integration (BGBl. Nr. 775/1992 idF BGBl. I Nr. 2/2008) vorgesehenen Dokumente, Berichte und Mitteilungen.

Mag. Karoline Edtstadler

